

Alltag



© David Brandt

Giebelseite einer Kasernenbaracke aus Andernach

Bundesrepublik Deutschland, um 1955

Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge am 5. Mai 1955 endete der Besatzungsstatus der Bundesrepublik Deutschland. Sie trat am 9. Mai als 15. Mitglied der NATO bei.

Im selben Jahr wurde die Bundeswehr gegründet, die unter NATO-Oberbefehl stand. Die ersten 101 Soldaten erhielten am 12. November 1955 ihre Ernennungsurkunden. Dieser Tag – der 200. Geburtstag des preußischen Heeresreformers Gerhard von Scharnhorst – gilt als Gründungsdatum der Bundeswehr.

Im Januar 1956 begann die Aufstellung von Lehrkompanien des Heeres, der Luftwaffe und der Marine in Andernach, Nörvenich und Wilhelmshaven. Bundeskanzler Konrad Adenauer ließ am 20. Januar 1956 Abordnungen aller drei Teilstreitkräfte in Andernach zum feierlichen Appell antreten. Die Gestaltung der Zeremonie betonte den Vorrang der Politik gegenüber dem Militär. Dies war auch wegen der Geschichte des Ortes von Bedeutung: Die Andernacher Kaserne war 1937 als Lazarett der NS-Luftwaffe gebaut worden.

Alltag

Erstausstattung der Bundeswehr: Feldjacke, Feldhose, Barett



Bundesrepublik Deutschland, Ende 1980er Jahre
Der „Feldanzug, Splittertarn“ und der „Feldanzug, jagdmeliert“ waren die ersten Kampfanzüge der Bundeswehr. Besonders der Letztgenannte kratzte und war bei den Soldaten unbeliebt. Seit 1963 erprobten Heer, Luftwaffe und Marine-Landeinheiten einen steingrau-olivengrünen Arbeitsanzug aus Moleskin-Stoff. Dieser wurde in leicht abgewandelter Form Mitte der 1960er Jahre als Standard-Kampfanzug eingeführt. Er wurde bis weit in die 1990er Jahre verwendet, bis er vom Feldanzug mit Tarndruck, der als „Flecktarn“ besser bekannt ist, ersetzt wurde. Ende der 1960er Jahre kam aus der Truppe der Wunsch, Barett einzuführen. Diese Art von Kopfbedeckung wurde seit dem Zweiten Weltkrieg mit Eliteverbänden wie den britischen Fallschirmjägern in Verbindung gebracht. Barett wurden am 2. März 1970 durch den Bundespräsidenten zunächst nur für Fallschirmjäger, die Panzer- und Jägertruppe der Bundeswehr genehmigt.

© Andrea Ulke

Alltag

Mobiliar einer Bundeswehrstube

Bundesrepublik Deutschland, 1970er Jahre

Kasernen sind meist schlichte Nutzbauten, die möglichst viele Menschen beherbergen sollen. Obwohl die meisten Stuben in Bundeswehrkasernen für vier Soldaten vorgesehen sind, waren während der Zeit des Kalten Krieges nicht selten bis zu zehn Wehrpflichtige auf einer Stube untergebracht. Meist schliefen sie in Doppelstockbetten.

Jedem Bundeswehrsoldaten stehen ein Schlafplatz, ein Spind, ein Stuhl und ein Platz am Tisch zur Verfügung. Der abschließbare Spind dient zur Aufbewahrung von Uniform und Ausrüstung, persönlichen Wertsachen und ziviler Kleidung. Für die Nutzung des Spindes gibt es eine verbindliche Spindordnung.



© David Brandt

Alltag

Reservistenerinnerung: Tür eines VW-Käfer mit einem Motiv der Heavy-Metal-Band Iron Maiden

Künstler: Reservisten der 3. Kompanie, Transportbataillon 861

Bundesrepublik Deutschland, 1986 - Airbrush

Seit 1957 hat die Bundeswehr nahezu neun Millionen ausgebildete Soldaten als Reservisten entlassen. Am Ende des Kalten Krieges verfügte die Bundeswehr über 495 000 aktive Soldaten. Ihre Einsatzstärke für den Verteidigungsfall lag inklusive der Reservisten bei rund 1,3 Millionen Mann. Reservistika sind Teil des Zeitgeistes. Hier diente das Cover der 1983 erschienenen Single „The Trooper“ der englischen Heavy-Metal-Band Iron Maiden als Vorlage. Das Bandmaskottchen Eddie ist mit blutbespritztem Degen und deutscher Flagge auf einem Schlachtfeld abgebildet. Der Liedtext handelt von der berühmten – aber militärisch sinnlosen – „Attacke der leichten Brigade“ gegen die russische Armee im Krimkrieg. Vor allem im englischen Sprachgebiet wird „Charge of the Light Brigade“ verwendet, um ironisch eine Unternehmung zu kennzeichnen, die zwar mit großem Mut und Disziplin, jedoch mit mangelhafter Vorbereitung und untauglichen Mitteln durchgeführt wird.



© Ingrid Meier

Alltag



Pilotenkombi von Ulrike Flender, der ersten Jet-Pilotin der Bundeswehr

Deutschland, um 2005

Am 11. Januar 2000 entschied der Europäische Gerichtshof, dass auch Frauen in der Bundeswehr den Dienst an der Waffe leisten dürfen. Seit 2001 stehen Frauen alle Laufbahnen der Bundeswehr offen. Vorausgegangen war ein Gerichtsverfahren nach einer Klage der Elektronikerin Tanja Kreil, die sich 1996 vergeblich um eine Stelle als Waffenelektronikerin in der Bundeswehr beworben hatte. Zu dieser Zeit durften Frauen nur in der Verwaltung, im Militärmusik- und Sanitätsdienst eingestellt werden. Ulrike Flender hatte bei einer Tornadostaffel der Bundeswehr ein Schülerpraktikum absolviert. Nach dem Abitur 2003 begann sie als Offizieranwärterin die Ausbildung zur Kampfjet-Pilotin. Im September 2006 erhielt sie als erste deutsche Frau den Militärluftfahrzeug-Führerschein, seit 2010 besitzt sie die volle Einsatzbereitschaft als Tornado-Pilotin. Sie schulte zur Eurofighter-Pilotin um, auf dem Fliegerhorst Laage wurde sie im November 2014 die erste Fluglehrerin der Bundeswehr.

© David Brandt

Alltag

HBG Soldatenpaket – „Ein freundliches Willkommen“

Deutschland, 2010

Der damalige Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg kündigte bei der Bundeswehrtagung in Dresden am 22. November 2010 die Aussetzung der Wehrpflicht an. Künftig solle es nur noch einen freiwilligen Wehrdienst geben, mit einer Verpflichtungszeit zwischen zwölf und 23 Monaten. Zuvor war der Grundwehrdienst von neun auf sechs Monate verkürzt worden, weswegen zunehmend Kritik an der Effizienz eines derart kurzen Wehrdienstes aufgekommen war.

Am 15. April 2011 billigte der Bundesrat die Schaffung eines freiwilligen Wehrdienstes, der die Wehrpflicht ablöste. Die letzten rund 12 000 Wehrpflichtigen wurden am 3. Januar 2011 zu ihrem Dienst einberufen und verließen die Bundeswehr bereits Ende Juni 2011 wieder. Für die Bundeswehr ging eine über 50-jährige Ära zu Ende. Rund 8,4 Millionen Männer hatten in dieser Zeit ihren zwischen 18 und sechs Monate dauernden Wehrdienst abgeleistet.



© Andrea Ulke

Material

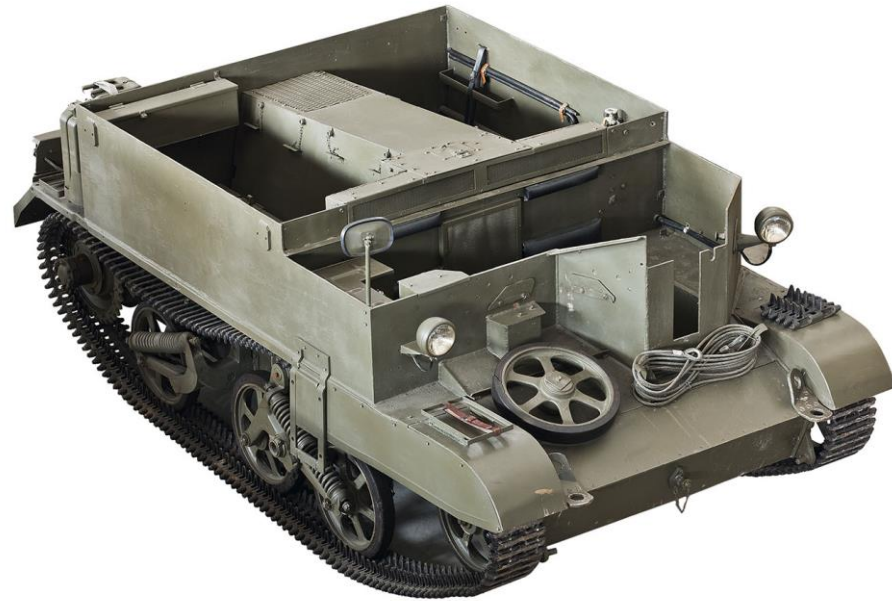
„Universal Carrier“ (3,5 t)

Großbritannien, 1950er-Jahre

Im April 1949 wurde die Organisation des Nordatlantikvertrages (NATO) gegründet, im Mai 1955 die Warschauer Vertragsorganisation. Damit verfestigte sich die Teilung Europas in Sphären gegensätzlicher politischer Systeme und militärischer Bündnisse. Die Bundesrepublik Deutschland war Mitglied der NATO und die Deutsche Demokratische Republik (DDR) gehörte dem Warschauer Vertrag an.

Als Folge der Entmilitarisierung Deutschlands durch die Besatzungsmächte hatte die junge Bundesrepublik keine eigene Rüstungsindustrie. Ein Großteil der ersten Waffen stammte aus Beständen der Partnerstaaten.

Der britische „Universal Carrier“ gehörte zur Erstausrüstung der Streitkräfte beider deutschen Staaten. So hatte die Sowjetunion das gepanzerte Transportfahrzeug während des Zweiten Weltkriegs über einen Pacht- und Leihvertrag erhalten. Einige Exemplare kamen 1949 in die spätere DDR. 1956 kaufte die Bundesrepublik 300 „Universal Carrier“ T-16.



© David Brandt

Material

Starfighter-Schleudersitz, 1970

USA, ab 1956

Um die Forderung der Luftwaffe nach einem modernen Allzweckflugzeug zu erfüllen, beschloss die Bundesrepublik 1958 den Kauf des US-amerikanischen Lockheed F-104 „Starfighter“. Er sollte Jäger, Jagdbomber und Aufklärer zugleich sein. Um den Anforderungen der Bundeswehr zu entsprechen, musste er teuer und aufwendig modifiziert werden.

Kurz vor der für Juli 1962 geplanten Flugschau zur Vorstellung des neuen Strahlflugzeugs stürzten alle Maschinen einer Viererformation bei einem Übungsflug ab. Bis zur Außerdienststellung des Starfighters im Jahr 1987 gingen 253 der 916 Flugzeuge verloren, 110 Piloten kamen dabei ums Leben. Der Jet wurde bald „Witwenmacher“ genannt. Die Bundeswehr geriet aufgrund der zahlreichen Unglücksfälle in eine schwere interne und öffentliche Krise.

© Andrea Ulke



Material

Leopard 1A4

Bundesrepublik Deutschland, ab 1974

Zwischen August 1974 und März 1976 wurden die letzten 250 Leopard 1-Kampfpanzer als sechstes Baulos an die Bundeswehr ausgeliefert. Dabei handelte es sich um das Modell A4, das äußerlich an einem geschweißten Turm in Schottbauweise zu erkennen ist. Zwischen 1975 und 1977 erhielten die ersten vier Baulose, die einen Gussturm besaßen, eine Turmzusatzpanzerung. Im Vergleich zu seinen Vorgängern hatte der „A4“ eine stark verbesserte automatische Feuerleitanlage.

Der Leopard 1 war der erste nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland entwickelte und produzierte Panzer. Er löste die bis dahin von der Bundeswehr benutzten US-amerikanischen Modelle, wie den M-47-Kampfpanzer ab. Zwischen 1965 und 1976 wurden über 2 000 Stück an die Bundeswehr geliefert. Der Leopard 1 wurde bis ins Jahr 2003 in der Bundeswehr genutzt. In verschiedenen anderen Armeen ist er gegenwärtig noch im Einsatz, etwa in Brasilien, in Ecuador und in Griechenland.



© MHM

Material



© Ingrid Meier

Display Console AWACS

USA, ab 1982

Landgestützte Radarsysteme können niedrig anfliegende Flugzeuge aufgrund von topografischen Hindernisse nicht wahrnehmen. Um auch gegnerische Tiefflieger orten zu können, entwickelte die NATO das luftgestützte Frühwarnsystem AWACS (Airborne Warning and Control System). Mit dem charakteristischen pilzförmigen Radar auf dem Rücken erfassen die in einer Höhe von 10 000 Metern operierenden Aufklärungsflugzeuge Flugbewegungen schon aus großer Entfernung.

AWACS-Flugzeuge können bei Einsätzen auch als Leitzentrale dienen. Geflogen wird mit gemischten Besatzungen aus Soldaten der NATO-Partnerstaaten. Ein Drittel der Besatzungsmitglieder sind Soldaten der Bundeswehr.

Material



© Andrea Ulke

Flugabwehrraketenpanzer 1 Roland

Deutschland, ab 1981

Das Flugabwehrraketensystem Roland ist ein allwetterfähiges Lenkflugkörpersystem zur Abwehr tief- und tiefstfliegender Luftfahrzeuge. Auf dem Fahrgestell des SPz Marder montiert, wurde es beim Heer bis zum Jahr 2005 eingesetzt.

Das Raketenflugabwehrsystem ist eine deutsch-französische Entwicklung. Grundlage des Rüstungsprojekts war die im Élysée-Vertrag von 1963 beschlossene militärische Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Im Dezember 1983 vereinbarten die Bundesrepublik Deutschland und die USA Maßnahmen zum Schutz von US-Flugplätzen auf dem Gebiet der Bundesrepublik und von deutschen Einsatzflugplätzen, die teilweise auch von der U.S. Air Force als Operationsbasen genutzt wurden. Die USA finanzierten die Beschaffung von 95 Roland-Waffenanlagen, die der Luftwaffe unterstellt wurden. Im Gegensatz zum Heer wurde bei der Luftwaffe ein Radfahrzeug als Trägerfahrgestell benutzt.

Material

Zum Barbecue-Grill umgebauter Motorraum eines leichten Lkw Wolf

Afghanistan, Dezember 2014

Zum 31. Dezember 2014 endete der ISAF-Einsatz in Afghanistan. Unmittelbar anschließend begann die Ausbildungsmission „Resolute Support“. Was im Januar 2002 als Stabilisierungsmission begonnen hatte, war zum bisher größten Einsatz der Bundeswehr geworden, mit schweren Gefechten und 55 deutschen Gefallenen. Dabei kamen gleichzeitig bis zu 5 350 deutsche Soldatinnen und Soldaten zum Einsatz.

Immer öfter hatte es Anschläge und Gefechte zwischen ISAF-Truppen und verschiedenen Gruppen von Aufständischen gegeben. Diese bestanden aus lokalen Stammeskämpfern und religiös motivierten Einheiten, die aus Angehörigen verschiedener Staaten zusammengesetzt sein konnten. Die deutschen Einsatzkräfte waren von einer schwach gepanzerten Stabilisierungstruppe zu schwer gepanzerten Kampfverbänden geworden.

Ungepanzerte Fahrzeuge wie der Geländewagen vom Typ Wolf boten nicht mehr genügend Schutz für diese Mission. Teile einiger Wagen wurden nach ihrer Verschrottung „umfunktioniert“.



© Andrea Ulke

Innere Führung

Uniformrock von Generalleutnant Wolf Graf von Baudissin

Bundesrepublik Deutschland, um 1965

Am 10. Februar 1965 wurde den Generalleutnanten Wolf Graf von Baudissin, Johann Adolf Graf von Kielmansegg und Ulrich de Maizière der Freiherr-vom-Stein-Preis verliehen. Damit sollten ihre Verdienste um die Konzipierung und Umsetzung der Inneren Führung gewürdigt werden. Gleichzeitig wurde mit der Verleihung ein Zeichen gegen alle Kritiker der Inneren Führung gesetzt.

Der geistige Urheber des Konzepts, Graf Baudissin, hatte schon in der Himmeroder Denkschrift (1950) gefordert, dass man in neuen deutschen Streitkräften geistig etwas „grundlegend Neues“ schaffen müsse. Die beiden führenden Streitkräfteplaner, Graf Kielmansegg und de Maizière, hatten die Vorplanungen der Inneren Führung und ihre Einbringung in die neue Wehrverfassung 1955/56 gegen erhebliche innermilitärische Widerstände wirkungsvoll unterstützt.

Als Kommandeur der Schule für Innere Führung war de Maizière außerdem dafür verantwortlich, dass die Grundsätze der Inneren Führung auf allen Ebenen in der Aus- und Weiterbildung von Offizieren Beachtung finden.



© BW Bienert

Innere Führung

Originaldurchschlag der Reformthesen der „Leutnante 70“

Hamburg, Januar 1970

1970 verursachten neun Thesen zu einem veränderten Berufsverständnis des Offiziers Diskussionen innerhalb und außerhalb der Bundeswehr. Die Thesen waren von einer Gruppe von Leutnanten an der Heeresoffizierschule II in Hamburg verfasst worden, die sich „Leutnante 70“ nannte. Indem die acht jungen Offiziere für Kritikfähigkeit, Gestaltungswillen und eine Erziehung zur Mündigkeit plädierten, kritisierten sie Verhältnisse in der Bundeswehr, die ihrer Ansicht nach durch überkommene Vorstellungen von Rollenverhalten und Loyalität geprägt waren.

Verteidigungsminister Helmut Schmidt nannte die idealistischen Thesen „teils diskutabel, in einigen Punkten falsch, in anderen provokant“. Der Vordenker des Konzepts der Inneren Führung, Wolf Graf von Baudissin, konstatierte: „Zum ersten Mal haben mich aktive Offiziere links überholt.“ Es ist eine Konsequenz der Inneren Führung, dass der „Bürger in Uniform“ auch den Wunsch nach Reformen öffentlich äußern darf.

DNR 223/11111111 1970

(Arbeitsthese erstellt von Leutnanten der HOS II,
Lehrgruppe C für eine Diskussion mit Generalleutnant
a.D. Wolf Graf von Baudissin am 10.12.1969)

Ich will ein Offizier der Bundeswehr sein, der.....

1.eine Sache nicht um ihrer selbst willen tut.
2.es ablehnt, ein Verhalten zu praktizieren, das "Offiziers-Linie" sein soll. Vielmehr will ich eine spezifisch offiziersmäßige Rollenerwartung nicht erfüllen.
3.eine Tradition ablehnt, die lediglich aus epigonaler Reproduktion besteht und auf Menschspaltung verzichtet.
4.das Verhalten eines Vorgesetzten in Frage stellen darf und sein eigenes Verhalten von Untergebenen bzw. von jedermann in Frage stellen läßt; ich möchte ein Offizier sein, der nichts selbstverständlich findet.
5.weiter Personen, noch Dienststellen, sondern nur dem verfassungsmäßigen Auftrag Loyalität entgegenbringt.
6.jeden Vorstoß gegen ein Mehrkonzept im Rahmen der Gesamtverfassung bestraft sehen will.
7.der nicht nur den Frieden erhalten, sondern auch gestalten will.
8.eine scharfe Trennung zwischen Dienst und Freizeit beansprucht, weil ich meinen Beruf als verantwortungsvollen und strapaziösen Job sehe.
9.die erforderlichen Disziplinierung in einem Kommando an die Mündigkeit und der aus ihr entspringenden Selbstdisziplin sieht.

BBAK 7738

Innere Führung



© BW Bienert

Gebäudemodell: Zentrum Innere Führung in Koblenz

Maßstab: 1:500

Bundesrepublik Deutschland, 1957

Am 1. Oktober 1956 wurde die „Schule der Bundeswehr für Innere Führung“ gegründet. Seit 1981 heißt sie „Zentrum Innere Führung“ (ZInFü). Der Standort ist Koblenz, seit 1994 existiert eine Außenstelle in Strausberg.

Das Zentrum Innere Führung ist die zentrale Einrichtung der Bundeswehr zur Vermittlung und Fortentwicklung des Konzepts der Inneren Führung. In Lehrgängen wird das militärische Führungspersonal über die Inhalte und Methoden der Inneren Führung geschult. Außerdem veröffentlicht das Zentrum Informationsmaterial. Seit 1958 besteht ein „Beirat Innere Führung“, der sich aus Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens zusammensetzt. Er berät den Verteidigungsminister/die Verteidigungsministerin zu Fragen der inneren Verfassung der Streitkräfte.

Innere Führung



© Andrea Ulke

Uniformjacke des stellvertretenden NATO- Oberbefehlshabers General Günter Kießling

Bundesrepublik Deutschland, 1982

Im Dezember 1983 wurde der Vier-Sterne-General und stellvertretende NATO-Oberbefehlshaber Günter Kießling in den vorzeitigen Ruhestand versetzt. Ihm war unterstellt worden, homosexuell zu sein. Dies, so die offizielle Begründung, mache ihn erpressbar und damit zu einem Sicherheitsrisiko der Bundeswehr. Der Fall löste eine wochenlange öffentliche Debatte aus. Nachdem sich die Behauptungen als unhaltbar herausgestellt hatten, wurde er wieder in Dienst genommen. Da aber die öffentliche Diskussion seine Autorität untergraben hatte, war er für die Bundeswehr tatsächlich nicht mehr tragbar. Er wurde am 31. März 1984 mit einem Großen Zapfenstreich ehrenhaft verabschiedet.

Nach einer Kontroverse um Äußerungen des damaligen Bundesverteidigungsministers Rudolf Scharping, der Homosexuellen noch 1999 die Eignung als Offizier grundsätzlich absprach, hat die Bundeswehr die Gleichstellung von Menschen unterschiedlicher sexueller Orientierung in mehreren Schritten vollzogen.

Innere Führung

Broschüre: Weißbuch 2006

Deutschland, 2006

Weißbücher erscheinen im Auftrag der Bundesregierung als Veröffentlichung des Verteidigungsministeriums. Sie stellen die jeweils aktuellen Leitlinien für die Sicherheitspolitik Deutschlands und Überlegungen zur Zukunft der Bundeswehr vor. Die Ausgabe von 2006 beschreibt u.a. die Globalisierung von Wirtschafts- und Energiebeziehungen. Weil absichtsvoll herbeigeführte Störungen Volkswirtschaft und sozialen Frieden bedrohen könnten, habe Deutschland „ein elementares Interesse an einem freien Wettbewerb der Gedanken, an einem offenen Welthandelssystem und freien Transportwegen“. In diesem Sinne äußerte sich 2010 auch der damalige Bundespräsident Horst Köhler und wurde dafür öffentlich heftig kritisiert. Daraufhin trat er am 31. Mai 2010 überraschend von seinem Amt zurück.

Als nur vier Jahre später Bundespräsident Joachim Gauck grundsätzlich mehr Offenheit für Auslandseinsätze der Bundeswehr als „letztes Mittel“ forderte, stieß er auf breite Zustimmung bei den im Bundestag vertretenen Parteien und in der Bevölkerung.



Innere Führung

Bundesminister der Verteidigung Thomas de Maizière bei der Unterzeichnung des Dresdner Erlasses

Dresden, 21.3.2012

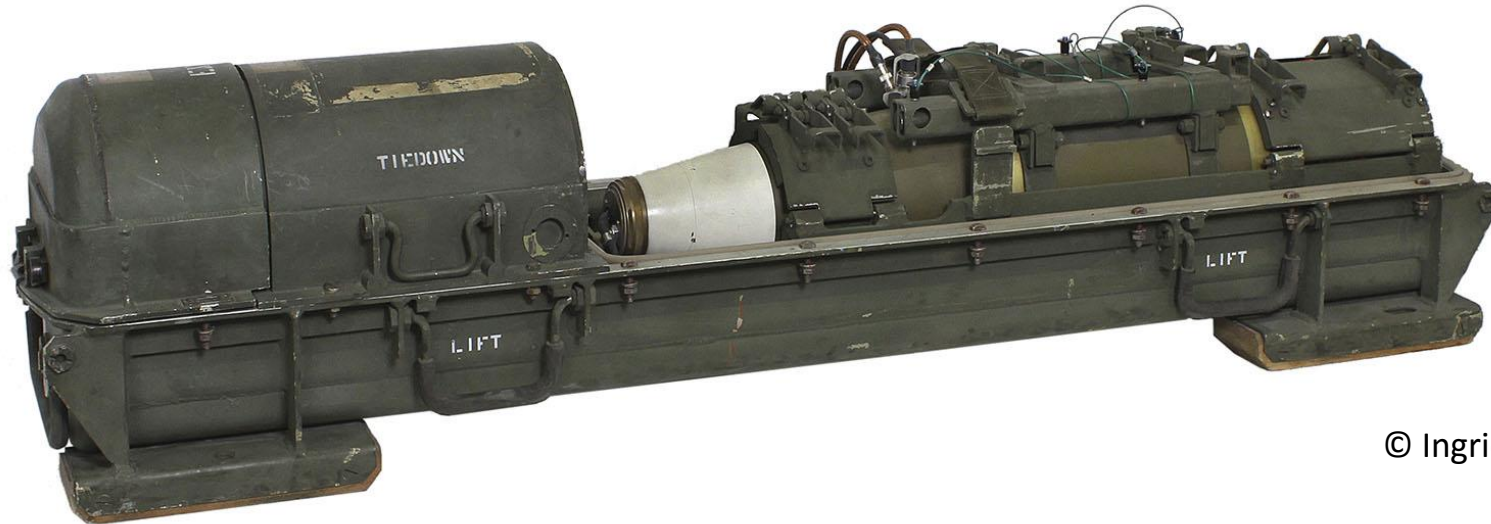
Der Dresdner Erlass vom 21. März 2012 regelt das Verhältnis zwischen ziviler und militärischer Führung innerhalb der Bundeswehr. Genau 42 Jahre zuvor war mit dem Blankeneser Erlass erstmals ein Dokument in Kraft gesetzt worden, das die zivil-militärischen Zuständigkeiten regelt. Im Berliner Erlass vom 21. Januar 2005 wurden die Befugnisse des Generalinspektors der Bundeswehr bedeutend erweitert. Der Wandel der Bundeswehr von einer Verteidigungs- zur Einsatzarmee stand bei diesem Erlass im Vordergrund.

Laut Dresdner Erlass ist der Generalinspekteur truppendienstlicher Vorgesetzter aller Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Gleichzeitig betont der Erlass das „Primat der Politik“, da er die Dienststellung der den Verteidigungsminister vertretenden Staatssekretäre hervorhebt. Darüber hinaus stärkt der Dresdner Erlass die Position ziviler Dienststellen- und Behördenleiter.



© Andrea Ulke

Kalter Krieg



© Ingrid Meier

Übungs-Atomgranate für die Haubitze auf Selbstfahrlafette M110

USA, vor 1985

Im Dezember 1957 entschied der NATO-Rat, seine Mitgliedsstaaten mit einer Basisausstattung für den Einsatz taktischer Atomwaffen auszurüsten. Nach dem „Zwei-Schlüssel-System“ erhielten die Verbündeten Trägersysteme wie Haubitzen, Flugzeuge und Raketen, geliefert von den USA. Die Atomsprengköpfe selbst wollten die USA nur im Krisenfall bereitstellen. Die nukleare Teilhabe der NATO-Partner sollte verhindern, dass diese eigene Atomprogramme anstrebten.

Um sich aus der Abhängigkeit von den USA zu lösen, baute Frankreich dennoch eine eigene Atomstreitkraft auf. Präsident de Gaulle kritisierte die Dominanz der USA in der NATO und verlangte außerdem die Unterstellung der in Frankreich stationierten US-amerikanischen und kanadischen Truppen unter französisches Kommando. Die USA lehnten dies ab, woraufhin Frankreich am 1. Juli 1966 seinen Austritt aus dem militärischen Verbund des westlichen Verteidigungsbündnisses erklärte. Der Wiedereintritt erfolgte 2009.

Kalter Krieg



© Andrea Ulke

Munitionskiste DM 60708 A1 für Atomexplosionssimulator DM 25

Bundesrepublik Deutschland, 1965

Die Konfliktparteien des Kalten Krieges waren überzeugt, dass in einem künftigen Krieg Atomwaffen zum Einsatz kommen würden. Um Bundeswehrangehörigen bei Übungen einen Eindruck einer Atombombenexplosion zu verschaffen, kaufte das

Bundesverteidigungsministerium Mitte der 1960er Jahre von einer norwegischen Firma 6 000 pyrotechnische Simulatoren solcher Waffen. Diese erzeugten einen grellen Blitz und einen bis zu 100 Meter hohen orangefarbenen Rauchpilz. Die Sprengung erfolgte elektrisch aus einem Sicherheitsabstand von 100 Metern.

Sieben Jahre nach Ende der Kubakrise, die NATO und Warschauer Pakt an den Rand eines Atomkriegs gebracht hatte, begannen 1969 die Strategic Arms Limitation Talks (SALT). Diese führten 1972 zum ABM-Vertrag zwischen den USA und der Sowjetunion, der weitreichende Rüstungsbeschränkungen vorsah.

Kalter Krieg

Mannschaftstransportwagen (MTW) M113

USA, ab 1960

Offiziere und Soldaten der Bundeswehr arbeiteten in gemischt besetzten Gremien und Stäben mit Partnern aus anderen NATO-Staaten zusammen. Daraus entwickelte sich ein gemeinsames Bündnisbewusstsein. Den Ausbildungsbetrieb und die Alarmplanung in den Dienststellen und Verbänden überwachten Prüfteams der NATO. Beim so genannten NATO-Alarm wurden alle NATO-Einheiten alarmiert. Ausgewählte Verbände mussten innerhalb kürzester Zeit ihre Einsatzbereitschaft unter Beweis stellen. Gemeinsame Großmanöver dienten dazu, das Zusammenwirken auf der Truppenebene praktisch zu üben und auszuwerten. Das Manöver „Certain Forge“ bestritten 1971 Einheiten aus den USA, Kanada und der Bundesrepublik Deutschland. Es war Teil der NATO-Großmanöverserie REFORGER (“Return of Forces to Germany”). Die Bundeswehr nahm mit der Panzergrenadierbrigade 35 und der Panzerbrigade 36 teil. Dabei wurde u.a. auch der aus US-amerikanischer Produktion stammende Mannschaftstransportwagen M113 eingesetzt.



© Andrea Ulke

Kalter Krieg

Wanddekoration „Israel Defense Force“ (IDF)

Israel, 1988

Die israelisch-arabischen Kriege wurden weltweit von Militärexperten ausgewertet, um daraus Rückschlüsse für die jeweils eigenen militärischen Planungen ziehen zu können. Trotz hoher Verluste hatte sich die israelische Armee in den Auseinandersetzungen stets behaupten können, nicht zuletzt dank der militärischen Unterstützung des Westens, insbesondere der USA.

Diese Wanddekoration erhielt die Offizierschule des Heeres in Hannover im Oktober 1988 vom israelischen Brigadegeneral Yom-Tov Tamir. Die Zusammenarbeit zwischen Israel und der Bundesrepublik Deutschland, sowohl auf dem Gebiet der militärischen Ausbildung als auch bei militärtechnischen Projekten, hatte sich seit Anfang der 1980er Jahren stetig intensiviert.

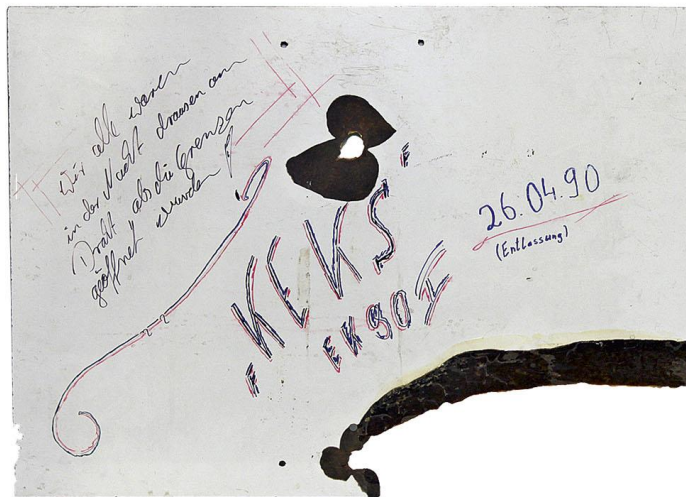


© BW Bienert

Kalter Krieg



© Ingrid Meier



Schild „Grenzgebiet“ mit Unterschriften ehemaliger Grenzsoldaten der DDR

Deutsche Demokratische Republik, 1989/90

Am Abend des 9. November 1989 strömten so viele DDR-Bürger zu den Grenzübergängen innerhalb Berlins, dass die DDR-Grenztruppen die Schlagbäume öffneten. Tags darauf wurde die gesamte innerdeutsche Grenze geöffnet. Damit war der endgültige Zerfall des politischen Systems der DDR nicht mehr aufzuhalten, der erste Schritt zur deutschen Einheit war getan. Sie wurde am 3. Oktober 1990 offiziell vollzogen.

Anlässlich ihrer Entlassung aus dem Dienst im April 1990 gestalteten Angehörige der Grenztruppen der DDR dieses Grenzschild um. Ihre Beteiligung an dem historischen Ereignis der Grenzöffnung in der DDR hielten sie auf der Rückseite fest: „Wir alle waren in der Nacht draußen am Draht, als die Grenzen geöffnet wurden!“

Kalter Krieg



© Andrea Ulke

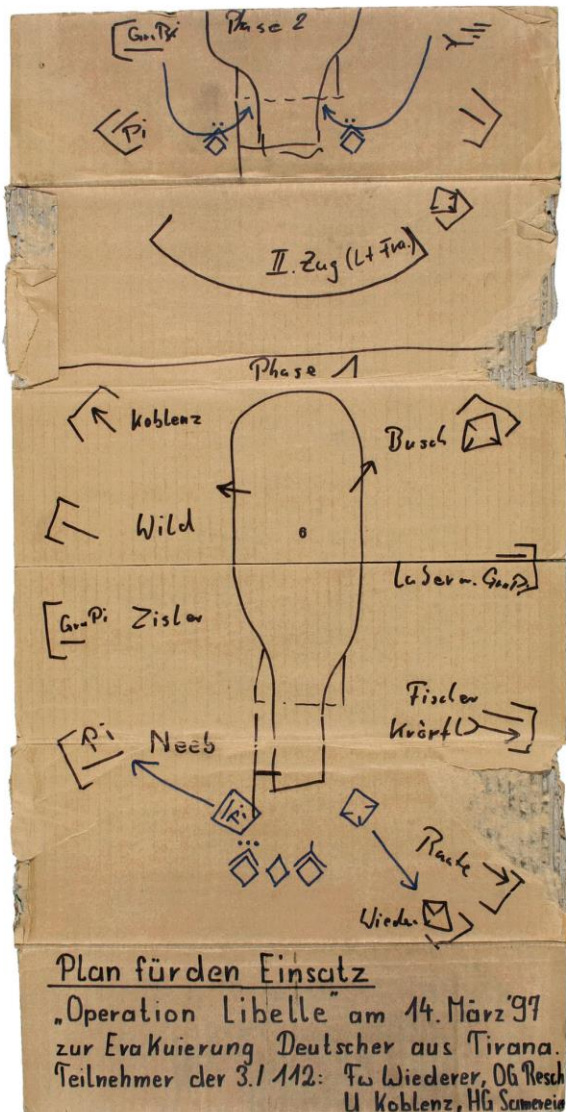
Uniformjacken der drei westalliierten Siegermächte

USA, Großbritannien, Frankreich, 1974 bis 1990

Am 8. September 1994 wurden die ehemaligen Besatzungstruppen der Westalliierten vor dem Brandenburger Tor mit einem Großen Zapfenstreich feierlich verabschiedet. Zuvor hatte Bundeskanzler Helmut Kohl den französischen Staatspräsidenten François Mitterrand, den britischen Premierminister John Major und US-Außenminister Warren Christopher mit militärischen Ehren am Schloss Charlottenburg empfangen.

Der Abzug der Truppen führte zu einem enormen Flächenüberschuss in Deutschland, weil zahlreiche Kasernen, Militärflughäfen und Truppenübungsplätzen nicht mehr gebraucht wurden. Standortschließungen im Zuge des Transformationsprozesses der Bundeswehr verschärften die Situation. Für die meisten Städte und Gemeinden hatten die Militärstandorte einen bedeutenden Wirtschaftsfaktor dargestellt. Um einer nachhaltigen Standortschwächung entgegenzuwirken, wurden unter dem Stichwort „Konversion“ vielerorts die Militäranlagen in zivil genutzte Einrichtungen umgewandelt.

Einsätze und Opfer



Handgezeichnete Einsatzplanskizze zur Sicherung eines Hubschraubers während der Operation „Libelle“

Dubrovnik, Kroatien, 14.3.1997

Die Operation „Libelle“ war der erste Einsatz der Bundeswehr unter feindlichem Beschuss. Die Luftlandebrigade 26 („Saarlandbrigade“) und die Deutsch-Französische Brigade (BrigStab Müllheim) evakuierten dabei 98 Zivilisten aus 22 Ländern, die aufgrund von Unruhen in Albanien in eine lebensbedrohliche Lage geraten waren und Zuflucht im deutschen Konsulat in der Hauptstadt Tirana gesucht hatten. Um den Soldaten die Sicherungsaufgaben während der Operation zu veranschaulichen, griff ein Feldwebel während der Lagebesprechung in Dubrovnik zu einer leeren Einmann-Verpackung (EPa), dem Standardverpflegungspaket in der Bundeswehr für einen Tag, und zeichnete seinen Plan für den Einsatz auf den Karton. Ohne eigene Verluste bestanden die Männer wenig später das erste Feuergefecht in der Geschichte der Bundeswehr.

Einsätze und Opfer

Therapieplatte Inseln – „Lebensinhalt“

Bundeswehrkrankenhaus Berlin, Deutschland, 2011

Jeder Einsatz bringt für die Soldaten und ihre Angehörigen auch psychische Belastungen mit sich. Truppenpsychologen sollen eine umfassende Betreuung gewährleisten. Sie begleiten als aktive Soldaten oder Reservedienstleistende die Truppe im Einsatz und stehen als Berater zur Verfügung. Die psychologische Betreuung der Soldaten erfolgt in drei Phasen. Bereits vor dem Einsatz wird die psychische Belastbarkeit trainiert. Während des Einsatzes stehen Truppenpsychologen zu Gesprächen bereit. Nach ihrer Rückkehr durchlaufen alle Soldaten Seminare zur Nachbereitung ihres Einsatzes.

Trotzdem können neben so genannten psychischen Störungen wie Depressionen oder Angst- und Anpassungsstörungen auch Posttraumatische Belastungsstörungen (PTBS) auftreten, und dies nicht nur bei Soldatinnen und Soldaten, sondern auch bei Familienangehörigen. In solchen Fällen ist eine langfristige therapeutische Behandlung notwendig, die ebenfalls von der Bundeswehr übernommen wird.



© MHM

Einsätze und Opfer



© Andrea Ulke

Transportpanzer 1 A6 A1 ABC Fuchs

Deutschland, 1983

Nach den Anschlägen auf das World Trade Center in New York und das Pentagon in Washington D.C. am 11. September 2001 rief die NATO erstmals den Bündnisfall aus. Im Oktober 2001 stürzten die USA mit Hilfe einheimischer Verbündeter das in Afghanistan herrschende Regime der Taliban, die das Al Qaida-Netzwerk während der Anschlagplanung unterstützt hatten. Zum Schutz des Wiederaufbaus und demokratischer Wahlen in Afghanistan entsandte die NATO eine internationale Schutztruppe (International Security Assistance Force, ISAF) mit deutscher Beteiligung.

Ohne UN-Mandat, unterstützt von einer „Koalition der Willigen“, griffen die USA und Großbritannien im März 2003 den Irak an und stürzten das Regime Saddam Husseins. Die Bundeswehr war nicht an Kampfhandlungen beteiligt. Ihre bereits in Kuwait eingesetzten rund 250 ABC-Abwehrsoldaten mit sechs ABC-Spürpanzern Fuchs wurden jedoch erst am 4. Juli 2003 rückverlegt und nahmen so indirekt als „defensive Kräfte“ an dem Feldzug teil. Seit Februar 2002 waren diese Truppen Teil der Operation Enduring Freedom.

Einsätze und Opfer



© David Brandt

Angesprengter Wolf MB 250 GD (4x4) 461.4

Hersteller: Mercedes Benz

Bundesrepublik Deutschland, 1992

Am 27. November 2004 wurden drei Bundeswehrsoldaten bei einem Sprengstoff-Anschlag in der Nähe der afghanischen Stadt Kunduz zum Teil schwer verwundet. Der leichte Lkw Wolf, in dem die Patrouille unterwegs war, wurde durch eine ferngezündete Sprengstoffladung stark beschädigt.

Der Zeitpunkt des Anschlags war allem Anschein nach nicht zufällig gewählt. Der Deutsche Bundestag hatte am 30. September 2004 mit großer Mehrheit beschlossen, den ursprünglich bis zum 30. Oktober 2004 geplanten Einsatz um ein Jahr zu verlängern.

Nach weiteren Anschlägen auf die Bundeswehr in Afghanistan wies der damalige Bundesverteidigungsminister Franz-Josef Jung im Jahr 2006 an, Patrouillenfahrten ausschließlich mit geschützten Fahrzeugen durchzuführen. Seitdem waren in Afghanistan fast nur noch die besser gepanzerten Modelle Wolf MSS und Wolf MSA, neben anderen gepanzerten Radfahrzeugen wie Dingo und Fennek, eingesetzt. Aber auch in den Folgejahren wurden Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bei Anschlägen verletzt oder getötet.

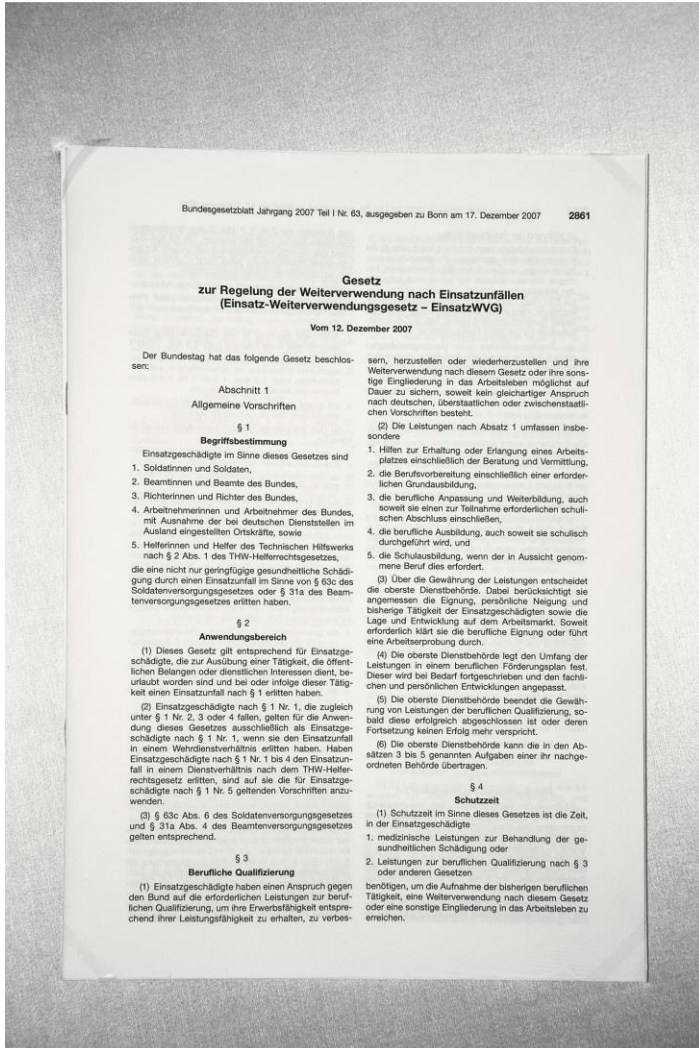
Einsätze und Opfer

Einsatz-Weiterverwendungsgesetz

Deutschland, 2007

Am 12. Dezember 2007 wurde das Gesetz zur Regelung der Weiterverwendung nach Einsatzunfällen erlassen. Demnach erhalten Soldatinnen und Soldaten, aber auch zivil Beschäftigte der Bundeswehr, die schwere bis schwerste Verwundungen erlitten haben, als Alternative zur finanziellen Versorgung einen Anspruch auf eine Weiterbeschäftigung in der Bundeswehr bis zum Rentenalter. Erstmals fand dieses Gesetz am 25. März 2009 Anwendung.

Soldatinnen und Soldaten in Auslandseinsätzen sind seither erheblich besser abgesichert. Zuvor waren traumatisierte Zeitsoldaten nach ihrem Ausscheiden aus der Bundeswehr oftmals selbst überlassen und aufgrund ihrer Arbeitsunfähigkeit von sozialem Abstieg bedroht. Das Gesetz wurde zuletzt am 15. Mai 2015 novelliert und setzt als Stichtag der Anwendung den 1. November 1991 fest. Es bringt die Verantwortung von Staat und Gesellschaft gegenüber Angehörigen der Bundeswehr zum Ausdruck, die im Einsatz zu Schaden gekommen sind.



© Andrea Ulke

Einsätze und Opfer



Ehrenkreuz der Bundeswehr für Tapferkeit

Deutschland, 2008

Mit Bezug zum ISAF-Einsatz stiftete der damalige Verteidigungsminister Franz Josef Jung am 13. August 2008 das Ehrenkreuz für Tapferkeit. Die Auszeichnung kann allen Soldatinnen und Soldaten verliehen werden, die ein „bewusst angstüberwindendes, mutiges Verhalten bei außergewöhnlicher Gefährdung von Leib und Leben mit Standfestigkeit und Geduld zur ethisch fundierten Erfüllung des militärischen Auftrags“ gezeigt haben.

Der Stiftung dieser Auszeichnung war eine kontroverse politische Debatte über Tradition und Aktualität von Tapferkeitsauszeichnungen vorangegangen. Die ersten vier Verleihungen des Ehrenkreuzes für Tapferkeit nahm Bundeskanzlerin Angela Merkel am 6. Juli 2009 vor. Die Auszeichnung erhielten bisher 28 Soldaten, vier von ihnen wurden posthum geehrt (Stand August 2015).